



Foto: Marina Borkenhagen

Gregor Gysi steht für Treptow-Köpenick. Hier kandidiert er am 24. September für den Deutschen Bundestag

Unterwegs in und für Treptow-Köpenick

Gregor Gysi über seine Aktivitäten im Wahlkreis seit 2013

X Zu den Bundestagswahlen am 24. September kandidiert Gregor Gysi erneut als Direktkandidat für den Wahlkreis Treptow-Köpenick. Das „blättchen Treptow-Köpenick“ dokumentiert hier einen kleinen Ausschnitt aus den zahlreichen Aktivitäten unseres Bundestagsabgeordneten in den letzten vier Jahren.

In 40 Sprechstunden wurden unterschiedlichste Anliegen von über 300 Bürgerinnen und Bürgern an mich herangetragen. Hierbei ging es um Probleme mit dem Job-Center, den Krankenkassen, dem Bezirksamt oder dem Senat genauso wie um bundes- und europapolitische Fragen. Ich lud über 850 Bürgerinnen und Bürger zu einer Tagestour durch den Berliner Politikbetrieb ein, und über 500 Gäste besichtigten auf meine Einladung den Bundestag. Eine Schülerin und ein Schüler sowie eine junge Berufstätige aus Treptow-Köpe-

nick konnten über das Parlamentarische Patenschaftsprogramm mit einem einjährigen Stipendium in die USA reisen und ich betreute drei Austauschschülerinnen aus den USA in Treptow-Köpenick. Ich lud alle Abgeordneten des Bundestages zu einer Tagestour durch den Bezirk mit Besuch der Sternwarte, des Schlosses Köpenick, des Müggelturms, des Rathauses Köpenick und anschließend Essen im Ratskeller mit Programm durch den Hauptmann von Köpenick ein. Mein Bürgerbüro wird auch als Galerie genutzt – Künstlerinnen

und Künstler, hauptsächlich aus Treptow-Köpenick, können ihre Werke hier ausstellen. Zurzeit ist eine Fotoausstellung der Gesellschaft für Fotografie zu sehen. Gern übernahm ich die Schirmherrschaft des Chorkonzertes im Rahmen des Louis-Lewandowski-Festivals, der Theaterfestspiele der Kinder und Jugendlichen, eines Theaterprojektes in Schöneweide des Theaters Strahl, des „Respektprojekts“ der Fritz-Kühn-Schule in Bohnsdorf, von Ausstellungen in Schmetterlingshorst und des „Manfred Bofinger“ Zeichenwettbewerbs der Bouché-Grundschule. Ich unterstützte das Stadttheater Cöpenick mit 7 Sonntagmatineen, das Theater Adlershof bezüglich der Finanzierung eines Brandschutzgutachtens, den Ver-

ein „Friedhofskapelle Rahnsdorf Innen“ bei der Sammlung von Geldern für die Restaurierung der Kapelle, den Bürgerentscheid zur Parkraumbewirtschaftung, das Projekt „Museum Fritz Kühn“, leistete Hilfe bei der Rettung von Arbeiten des Künstlers und half bei der Rettung der Ruderfähre in Rahnsdorf. Ich besuchte die Immatrikulationsveranstaltungen der HTW, die Reederei Riedel, den Fischereimeister Thamm und den Dresdner Feinbäcker Rainer Schwadtke, den Tourismusverein Treptow-Köpenick, die Begegnungsstätte Stuckhaus und den Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft „Amtsfeld“ sowie die Flüchtlingsunterkünfte im Bezirk und unterstützte Geflüchtete bei der Klärung von Problemen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Lageso und dem Bezirksamt. Außerdem war ich Gast des Adlershofer Unternehmerfrühstücks, des Unternehmerclub Berlin Südost, des wirtschaftspolitischen Frühstücks der IHK Berlin im Industriesalon und besuchte Neujahrsempfänge des Bezirksbürgermeisters und der BVV, des Wirtschaftskreises Treptow-Köpenick und des Friedrichshagener Schirms.

Seit 2009 erhält der „Müggelclub“ in Müggelheim monatlich 150 Euro, weitere Spenden gingen an das Herbstfest Adlershof, das Fest für Demokratie, das Projekt „Lichtgestalten“, den Kietzer Sommer, den Köpenicker Sportclub und die Bürgerinitiative FRI – Friedhofskapelle Rahnsdorf.

■ ■ Gregor Gysi



Die Redaktion blättchen Treptow-Köpenick wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Urlaub. Im August und September gibt es kein blättchen. Das nächste blättchen erscheint am Donnerstag, 5. Oktober.

Gysi meint... Europa in der Krise

„ Die Europäische Union steckt mitten in einer Krise. Das ist nicht nur eine, es sind mehrere, es ist eine multiple Krise. Die Finanzkrise, die Eurokrise, die sogenannte Flüchtlingskrise und die Krise der Demokratie, die sich in wachsendem Nationalismus und dem Aufstieg der Rechten äußert, sind miteinander verwoben und verstärken einander. Es

ist wie im normalen Leben: Eine Krise steckt man weg; mehrere auf einmal dagegen, daran kann man zerbrechen. So ist es mit ganzen Gesellschaften und natürlich mit Strukturen wie der EU.

Es gibt nun verschiedene politische Optionen, wie mit der Krise der EU umzugehen wäre. Eine ist die „nationale“ Option, die letztlich auf eine Lösung von der EU hinausläuft. Ihre Vertreter sind mehrheitlich rechts, auch wenn es linke Versionen davon gibt. Ich halte davon nichts, denn gegen die transnational organisierten Märkte bie-

ten die Nationalstaaten nicht mehr ausreichend Macht auf, um soziale Sicherheit auf wünschenswertem Niveau organisieren zu können, die Wirtschaft überhaupt zu beherrschen. Eine großräumige Organisation wie die EU könnte da erfolgreicher sein. Nur ist sie es nicht. Das hat seine Gründe. Die vertraglichen Grundlagen stellen die Marktfreiheiten in den Vordergrund, alles andere hat sich mit Nachrangigkeit zu begnügen. Das muss korrigiert werden, soll die EU nicht zerbrechen. Die Korrektur ist schwierig, aber die nationale Selbst-

genügsamkeit ist unreal und rückwärtsgerichtet. Schwierigkeit kann jedoch kein ernsthafter Einwand sein. Warnung vor Naivität – das schon. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Linken, nur leichte Dinge zu tun.

Der Kampf gegen die ökonomisch Mächtigen war nie leicht und wird es nicht sein. Leute, die den nationalen Rückzug empfehlen, fliehen vor den Schwierigkeiten des Kampfes. Seien wir mutig, kämpfen wir für ein besseres, ein demokratisches, soziales und friedliches Europa.





Foto: Petra Reichardt

Sparkassenbus für Rahnsdorf

Auf eine Bürgeranfrage aus Rahnsdorf hin hat sich Carsten Schatz, MdA Wahlkreisabgeordneter für Köpenick Nord, Friedrichshagen und Rahnsdorf, mit der Berliner Sparkasse in Verbindung gesetzt. Zum 30. Juni hat die dortige Filiale geschlossen. Niedrige Zinsen und der Verzicht auf hochriskante Geschäfte zwingen die Sparkassen bundesweit zur Kostenreduzierung. Doch darf dies nicht zu Lasten der Kundinnen und Kunden gehen, die nicht alle auf Online- und Telefon-Banking ausweichen wollen. In Rahnsdorf wird nun ein Privatkundencenter eingerichtet, mit Automaten für Einzahlungen und Auszahlungen sowie Terminals für Überweisungen. Ab Herbst soll es dann einen Bus geben, der einmal pro Woche auch den persönlichen Kontakt ermöglicht. Sparkassen in Brandenburg haben damit gute Erfahrungen gemacht. Eine gute Lösung, findet Carsten Schatz.

Beim Unternehmertreffen von Wirtschaftskreis Treptow-Köpenick und Unternehmensnetzwerk Neukölln am 21. Juni vorgestellt: Auf dem Grundstück zw. Otto-Franke-Straße und Glienicker Weg in Berlin – Adlershof hat die Wohnbauten-Gesellschaft Stadt und Land ein Baurägerobjekt schlüsselfertig übernommen. 89 Wohnungen, davon 48 gefördert (6,50 Euro Kaltmiete).

Mietpreise stoppen!

Mietpreisbremse hat versagt



Mitte Mai wurde der Mietspiegel 2017 veröffentlicht. Er bildet die Entwicklung der Mieten für 1,4 Millionen nicht preisgebundene Wohnungen ab. Der Mietspiegel 2017 macht deutlich, die Mieten steigen weiter. Die Nettokaltmieten sind in den letzten zwei Jahren um durchschnittlich 9% gestiegen, in den Oberwerten der Mietspiegelspanne sogar um 17%. Den Verbänden der privaten Vermieter war der im Mietspiegel dokumentierte Mietpreisanstieg immer noch zu gering. Sie wollten den Oberwert durch Ausweitung der Spanne um weitere 4% ansteigen lassen, was aber am Widerstand der Mietervereine und Senatorin Katrin Lompscher ge-

scheitert ist. Dieser Vorgang macht aber deutlich, dass die privaten Mieter nichts unversucht lassen werden, um auch zukünftig die Mieten weiter hochzutreiben.

Der Mietspiegel belegt, dass die sogenannte Mietpreisbremse der Großen Koalition versagt hat. In Berlin sind Angebotsmieten zwischen 9 Euro und 10,50 Euro keine Ausnahme. Diese Mieten liegen deutlich über dem Mietspiegel. Sie fließen bei der Berechnung des Mietspiegels mit ein und schlagen so auf bestehende Mietverhältnisse als Mieterhöhungen durch. Eine Ursache für die hohen Angebotsmieten liegt auch im knappen Wohnungsangebot. Deshalb

hat der Senat mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine Kooperationsvereinbarung über „Leistbare Mieten, Wohnungsneubau und soziale Wohnraumversorgung“ geschlossen. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen auch Wohnungen von privaten Vermietern aufkaufen und zu leistbaren Mieten vermieten. Auf eine große Mehrheit der Mieterinnen und Mieter werden dennoch Mieterhöhungen zukommen. Die Mietpreisentwicklung muss abgebremst werden. Der Senat schöpft seine landespolitischen Instrumente aus. Die Bundespolitik ist gefordert. Was ist zu tun? Mietpreise auch bei Neuvermietung wirksam begrenzen. Keine Mieterhöhung ohne Verbesserung des Wohnwertes. Die Modernisierungumlage abschaffen. Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen.

■ ■ Uwe Doering

U7 Verlängerung bis zum BER?

Der Berliner Senat zieht nun doch in Erwägung, die U7 bis zum Flughafen BER zu verlängern. Das geht aus einer Senatsvorlage hervor, die dem Rundfunk Berlin-Brandenburg rbb vorliegt. Darin heißt es, für die Verlängerung bis zum BER sei der Neubau einer etwa zehn Kilometer langen U-Bahnstrecke mit voraussichtlich drei Bahnhöfen erforderlich. Die Trasse dafür werde bereits freigehalten. Teile der Strecke verlaufen auf Brandenburger Gebiet, weshalb der Senat die Pläne von der Zustimmung des Landkreises Dahme-Spreewald abhängig macht. Die Kosten sollen demnach das Land Berlin und der Landkreis sowie die Gemeinde Schönefeld tragen. Von der Anbindung Schönefelds an das U-Bahn-Netz würden auch die rund 18.000 Pendler profitieren.

Sozial. Gerecht. Frieden. Für Alle.

DIE LINKE beschließt ihr Wahlprogramm für einen Politikwechsel

Eine Steuerreform, die kleine und mittlere Einkommen entlastet – konkret bei einem Monatsbrutto von 1.700 Euro bleiben 136 Euro monatlich mehr übrig als bislang, eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12 Euro – um Altersarmut zu verhindern –, die sofortige Angleichung der Rentenwerte Ost und West, eine Kappung von Mieten in Milieuschutzgebieten, eine solidari-

sche Gesundheitsversicherung unter Heranziehung aller Einkommen, eine Kindergrundsicherung von 564 Euro im Monat, ein sofortiger Stopp von Waffenexporten, um Fluchtursachen zu bekämpfen und ein Schlussstrich unter Verhandlungen zu Freihandelsabkommen wie TTIP und JEFTA sind nur einige Schwerpunkte des umfangreichen Programms.

Ist doch nicht zu finanzieren, heißt es

aus vielen Ecken. Alle unsere Vorschläge summieren sich auf 177 Milliarden Euro. Doch unsere Vorschläge lassen sich finanzieren, wenn man sich mit den Reichen und Superreichen dieser Gesellschaft anlegt. So wollen wir eine Vermögensteuer einführen, die die erste Million Vermögen schont. Ab einer Million Euro Vermögen wird eine Steuer von 5% des Vermögens fällig. Allein das brächte Einnahmen in Höhe von 80 Milliarden Euro. Alle unsere Vorschläge bringen zusammen 180 Milliarden Euro im Jahr. Unsere Vorschläge sind finanziert. Nun wurde DIE LINKE kritisiert, sie sei nicht bündnisfähig. Ich halte das für Unsinn. Unsere Vorschläge liegen auf dem

Tisch. Wählerinnen und Wähler können sie prüfen und eine Entscheidung treffen. Wenn es am 24. September für eine Mehrheit ohne die Union reicht, stehen wir für Gespräche bereit. Bereits im Vorfeld von Wahlen Positionen aufzugeben, hieße ja, nicht eine Koalition, sondern eine Vereinigung von Parteien vorzubereiten. Das steht nicht zur Debatte. DIE LINKE kämpft für ihre Vorschläge und Positionen bis zum 24. September um jede Stimme für einen Politikwechsel. Unser Parteitag in Hannover hat dafür eine gute Grundlage gelegt.

■ ■ Carsten Schatz, MdA Bezirksvorsitzender





Aus
dem

Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 233

Juli 2017

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick

AfD sabotiert BVV-Sitzung

„Für die angestrebten Ämter ungeeignet“



Normalerweise wird die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im Ältestenrat vorbereitet, damit sie zügig von statten geht. Dazu gehört auch die Erstellung einer Konsensliste, mit welcher alle unstrittigen Drucksachen auf einmal verabschiedet werden. Die AfD blockierte aber die Erstellung dieser Konsensliste, daher mussten alle Drucksachen einzeln im Plenum behandelt werden. Selbst richtig verstanden hatte die AfD aber nicht, was sie da angerichtet hat. So beantragte sie gleich zu Beginn die Vertagung einer Vorlage (Veränderungssperre bei Bärensiegel), die aber zusammen mit einem weiteren Antrag (Informationsveranstaltung zur Veränderungssperre) behandelt werden sollte. So wäre fast die absurde Situation eingetreten, dass die Vorlage vertagt worden wäre, ohne die Möglichkeit zu haben, über den LINKEN Antrag zur Informationsveranstaltung zu beraten und abzustimmen. Eine solche Veranstaltung fordert und unterstützt die AfD aber eigentlich selber. „Wieder

einmal hat die AfD gezeigt, dass sie nicht nur unparlamentarisch handelt, sondern auch gewillt ist, die Bezirksverordnetenversammlung aktiv zu stören und es ihnen überhaupt nicht um die Inhalte geht“, konstatiert Philipp Wohlfeil (DIE LINKE). Grund für das Manöver war, dass die Mehrheit der Verordneten vier Personalvorschlägen der AfD nicht folgt und u.a. Burkhard Reimer nicht zum Kiezpaten und Johannes Pingel nicht als Bürgerdeputierten in den Integrationsausschuss wählt. „Alle vier haben nach der Überzeugung der Mehrheit des Hauses aktiv gezeigt, dass sie für die angestrebten Ämter ungeeignet sind. Das reicht vom Referieren von Verschwörungstheorien bis hin zu gemeinsamen Demonstrationen mit der NPD. Andere Personalvorschläge der AfD wurden nicht verhindert“, erklärt Wohlfeil, „Wir lassen uns von der AfD aber auch nicht erpressen“. Die erneut aufgerufenen Personalvorschläge scheiterten wie bisher in der Wahl durch die BVV.

● Joseph Rohmann

Foto: Joseph Rohmann



Ohne irgendeine Begründung abzugeben, hat die AfD-Fraktion in der BVV erneut gegen Milieuschutz, der Luxussanierungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern soll, gestimmt. Auch ein Antrag von „R2G“, Mieterinnen und Mieter in Baumschulenweg gegen den Eigentümer Deutsche Wohnen zu unterstützen, fand keine Zustimmung der Rechtsaußenpartei. Zugegeben, wir sind etwas verwirrt: Wessen Interessen wollten die eigentlich vertreten?

Zivilcourage-Preis an Sternenfischer

Wohngebiets-Paten für neue Nachbarn

Das Projekt Wohngebiets-Patenschaften erhielt in diesem Jahr den Preis für Zivilcourage, mit dem die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick besonderes Engagement für Demokratie und gegen Intoleranz auszeichnet. Das STERNENFISCHER Freiwilligenzentrum Treptow-Köpenick organisiert das Projekt Wohngebiets-Patenschaften in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsbauunternehmen degewo. Als Wohngebiets-Paten unterstützen Mieterinnen und Mieter Neu-Berliner, die vor Krieg und Not geflüchtet sind und nun in ihrer Nachbarschaft leben.

„Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Sie würdigt alle Menschen, die sich in ihrem Viertel für Neu-Berliner

einsetzen und damit zeigen, wie Integration im Alltag funktioniert“, sagte Manja Harm, stellvertretende Leiterin des STERNENFISCHER Freiwilligenzentrums. Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick schreibt den Preis für Zivilcourage jährlich aus, Grundlage ist ein BVV-Beschluss von 2009. Die undotierte Auszeichnung würdigt couragiertes Handeln von Menschen, Gruppen, Projekten oder Organisationen im Bezirk Treptow-Köpenick. Die Preisträger engagieren sich in besonderer Weise gegen Gewalt und Intoleranz. Sie schauen hin, statt wegzusehen, und mischen sich ein, wo sich andere heraushalten.

● kfo

BVV-Beschlüsse

Beschlossen:

VII/1404 Befragung zur Benennung der neuen Mittelpunktbibliothek (DIE LINKE, Beitritt: FDP - Gruppe)

VIII/0099 Planung zum BER aktualisieren (DIE LINKE, Beitritt: SPD)

VIII/0189 Bebauungsplan XV-30b VE - Agromex (Bezirksamt)

VIII/0193 Unser Bezirk für Vielfalt und Respekt (DIE LINKE, SPD, CDU, B'90/Grüne, Beitritt: FDP - Gruppe)

VIII/0194 Informationsveranstaltung zur Veränderungssperre des Bebauungsplans 9-63 (DIE LINKE, Beitritt: B'90/Grüne)

VIII/0160 Die Rad- und Fußwege unter den Brücken am Teltowkanal befestigen (DIE LINKE, Beitritt: CDU)

VIII/0161 Errichtung eines Fußgängerüberweges an der Schönefelder Chaussee 174 (DIE LINKE, Beitritt: CDU)

VIII/0166 Unterstützung der Mieter/-innen der Eisenbahnsiedlung Baumschulenweg (DIE LINKE, SPD, B'90/Grüne)

Abgelehnt:

VIII/0179 Gegen jede Form politisch motivierter Gewalt (AfD)

In die Ausschüsse überwiesen:

VIII/0195 Faires und gesundes Essen an unseren Schulen (B90/Grüne, Beitritt: DIE LINKE)

VIII/0196 Längeres Parken am Sterndamm freigeben (FDP-Gruppe)

VIII/0197 Regionalkoordination für „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ (SPD, DIE LINKE, B90/Grüne)

VIII/0198 Informationsflyer zum Milieuschutz (DIE LINKE, Beitritt: SPD, B90/Grüne)

VIII/0199 Fahrradschnellwege für Treptow-Köpenick sicherstellen und erweitern (CDU)

VIII/0200 Schutzzone „Die Bänke“ im Müggelsee (Erhalt des Seglervereins Rahnsdorf 1926 e. V.) (Ausschussantrag)



Foto: A.Savin / Wikimedia

Der verlassene Spreepark von oben. In einigen Jahren soll er wieder zugänglich werden.

Planungswerkstatt für Zukunft des Spreeparks

Künftig sollen 600.000 Besucher jährlich kommen

Schon einiges hat sich auf dem Gelände des ehemaligen Spreeparks getan. Jede Menge Müll und Gerümpel wurde entsorgt, die wild wuchernden Büsche und

Bäume gestutzt, der Zaun wieder in einen verkehrssicheren Zustand gebracht, und auch das Eierhäuschen wurde vor dem akuten Zerfall bewahrt

und ist zur Sanierung inzwischen komplett eingerüstet.

Derweil machen sich Anwohnerinnen und Anwohner, Vertreter der Bürgerinitiative, Bezirksamt und die Zuständigen des Senats daran, gemeinsam die Zukunft des Plänterwalds zu planen. Bereits im März wurden so in einer „Planungswerkstatt“ mit Experten erste Festlegungen für die Weiterentwicklung getroffen. Für die erwarteten 600.000 Besucherinnen und Besucher soll es in

Zukunft zwei Haupteingänge geben. Einen an der Bulgarischen Straße und einen aus Richtung Dammweg. Anwohnerinnen und Anwohner wünschen sich derweil den Erhalt des nostalgischen Eingangs über die Straße Am Plänterwald. Auch 800 Fahrradstellplätze sind schon eingeplant. Wie genau die Parkplatz- und Verkehrssituation gestaltet werden soll, ist noch unklar und soll zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden. Derzeit sind nur 280 PKW Stellplätze geplant. Statt Parkplätzen sollen eher die Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr verbessert werden. Zu einer möglichen Veränderung der Verkehrssituation über die Zufahrt Dammweg regt sich bereits der Widerstand der Anwohner. Hier ist noch einiges Konfliktpotential vorhanden.

Offen sind auch noch Fragen des Naturschutzes und der Umgang mit den entstandenen Biotopen und Waldflächen. Diese und weitere Fragen bespricht das nichtöffentliche Gremium am 14. Juli. „Ich bin gespannt, wie sich dieser bisher positive Verlauf der Erneuerung des Parks fortsetzt und freue mich schon jetzt über die gelungene Einbindung der Bürgerinnen und Bürger“, kommentiert Marina Borkenhagen, die für die Fraktion DIE LINKE an den regelmäßigen Treffen teilnimmt.

● **Joseph Rohmann**

Gemeinsame Werte und Überzeugungen

Rede Wohlfeils zum Antrag „für Vielfalt und Respekt“

„Unser Bezirk für Vielfalt und Respekt“ lautet der Titel eines Antrags, den die Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU und B'90Grüne gemeinsam einbrachten und dem die FDP – Gruppe beigetreten ist. In dem beschlossenen Antrag wendet sich die BVV gegen „jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und verurteilt gegen Menschen gerichtete verbale und physische Gewalt und mutwillige Zerstörung von persönlichem sowie öffentlichem Eigentum.“ Wir dokumentieren hier die Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN zu diesem Antrag.

Herr Vorsteher,
meine Damen und Herren,
im ja längst laufenden Bundestagswahlkampf werden die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich werden und das ist auch gut so, um mit dem Märchen der sogenannten Alternative für Deutschland aufzuräumen, dass die vermeintlich etablierten Parteien sich in allem einig wären. Das sind sie nicht. Wahr ist aber, dass Große Koalitionen dazu führen können, dass dieser Eindruck entstehen und verstärkt werden kann. Zynischerweise, auch wenn die Umfragewerte sinken, wird der vermutliche Einzug dieser Partei in den Bundestag die Fortsetzung der Großen Koalition zur Folge haben, weil weder Schwarz-Gelb

noch Rot-Rot-Grün eine eigene Mehrheit im Bundestag haben werden und da sich die AfD als regierungsunwillig und unfähig präsentiert. Die Folge ist Stillstand bei gesellschaftlichen Fragestellungen ..., ein Ausbleiben von notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, keine verbesserten Sozialleistungen und keine Entwicklung eines gerechten Steuer- und Abgabensystems, das untere und mittlere Einkommen entlastet und vermögende und gutverdienende zur Kasse bittet. Das Tragische, und das hilft natürlich der AfD, liegt darin, dass die derzeit vorhandene Mitte-Links Mehrheit im Bundestag ungenutzt geblieben ist. Diesen Vorwurf müssen sich SPD, Grüne und Linke gefallen lassen.

Was wir hier machen ist Kommunalpolitik. Hier geht es zwar nicht nur um Rad- und Fußwege am Teltowkanal oder um Parkplätze am Sterndamm. Die Frage der Errichtung einer Gemeinschaftsschule in Adlershof oder der Erlass von sozialen Erhaltungssatzungen, der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und unnötige Luxussanierungen verhindern soll, was die AfD bemerkenswerterweise ablehnt, sind schon auch gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen, über die hier auch jenseits der AfD kein Einvernehmen herrscht.

Mit dem vorliegenden Antrag machen wir aber deutlich, dass uns gemeinsame Werte und Überzeugungen als Basis einen: Mitmenschlichkeit, Vielfalt, Respekt vor dem Anderen und Gewaltlosigkeit. Und lassen Sie mich das klar sagen, dazu gehört selbstverständlich auch die Verurteilung und Distanzierung von Anschlägen auf Bahnanlagen in Treptow, die möglicherweise von G20-Gipfelgegnern verübt wurden. Solche Eingriffe gefährden Leben und Gesundheit von Menschen, sie schaden den Fahrgästen und der Allgemeinheit, ganz bestimmt aber nicht dem Kapital, das vermeintlich das Ziel ist und, was fast noch schlimmer ist, sie diskreditieren notwendige Diskussionen über eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, die eine wesentliche Ursache etwa für Migrationsbewegungen darstellt. Unsere gemeinsamen Werte und Über-



Philipp Wohlfeil

zeugungen stehen auch der Wahl der AfD-Vorschläge für Bürgerdeputierte entgegen. Wir werden keine Leute wählen, die bei Facebook hetzen, die sich in rechten Burschenschaften getummelt haben oder gemeinsam mit der NPD gegen Unterkünfte für Geflüchtete demonstrieren. Mit Ihrer Sabotage der Erstellung der Konsensliste und damit der heutigen Sitzung überhaupt, zeigen Sie, dass es Ihnen nicht darum geht, die Sorgen und Nöte Ihrer Wählerinnen und Wähler in politisches Handeln umzusetzen, sondern dass es Ihnen um Rache und letztlich um sich selbst geht. Wir haben andere Ziele und die haben wir in einem Antrag aufgeschrieben. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.



Foto: Philipp Wohlfel

Ab September können Fahrgäste die neue Haltestelle nutzen.

Neue Bushaltestelle in Schöneweide

Initiative der Linken erfolgreich



An der Schnellerstraße gibt es gegenüber dem Zentrum Schöneweide jetzt schon einige Zeit neue Fachmärkte. Leider sind diese derzeit noch etwas umständlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. S-Bahnhof, Straßenbahn und Bus halten zwar in der Nähe, für Menschen mit eingeschränkter Mobilität

sind die Märkte aber trotzdem ziemlich weit entfernt. DIE LINKE hatte daher im November letzten Jahres beantragt, die Bushaltestelle an der Schnellerstraße, auf Höhe des Baumarktes, einige hundert Meter in Richtung S-Bahnhof Schöneweide zu verlegen. Nun ist die BVG diesem Wunsch ziemlich schnell nachgekommen. Die neue zusätzliche

Bushaltestelle ist schon fertig gebaut und wird mit Ende des Ferienfahrplans am 3. September in Betrieb genommen. „Ich freue mich, dass es hier mal sehr schnell ging, die Haltestellen an den aktuellen Bedarf anzupassen“, so Monika Brännström, Sprecherin für Gesundheit, die den Antrag eingebracht hatte. „Insbesondere Menschen mit eingeschränkter Mobilität hatten Probleme, die Fachmärkte auf beiden Seiten der Schnellerstraße zu erreichen. Die Bushaltestellen lagen an dieser Stelle etwa 900 Meter voneinander entfernt“.

● JR

24. September: Zukunft oder Vergangenheit?

Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel

Am Tag der Bundestagswahlen werden die Berlinerinnen und Berliner auch über einen Antrag zur Offenhaltung des Flughafens Tegel entscheiden. Auf den Weg gebracht von einer populistischen FDP, unterstützt durch die AfD, streiten jetzt beide, wer denn die absurdesten Argumente vortragen kann.

Die Schließung von Tegel war eine Entscheidung des Konsensbeschlusses aus dem Jahre 1996 zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund. Wichtigste Entscheidungsgrundlage des Bundesverwaltungsgerichts war die Lärmschutzbilanz für Berlin. Durch die Schließungsfeststellung von Tempelhof und Tegel würde sich diese – bei aller Belastung

für die Bürgerinnen und Bürger im Berliner Südosten – für die Stadt verbessern. Damit bringt die seit Jahren gegen den BER kämpfende Bevölkerung ein deutliches Opfer für die Entwicklung Berlins.

Das im Nachhinein mit fadenscheinigen, interessengeleiteten Begründungen zu ändern, ist ein Tritt in den Allerwertesten der Menschen im Südosten Berlins. Nun wird vorgetragen, es sei keine Bedingung. Auch wenn das so nicht formuliert wurde, die Abwägung des Gerichts war deutlich.

Durch den Widerruf der Betriebsgenehmigung 2004 und die Aufhebung der Planfeststellung 2006 ist der Flugbetrieb

in Tegel nur noch bis zur Inbetriebnahme des BER genehmigt. Ein Weiterbetrieb würde ein neues, jahrelanges Genehmigungsverfahren voraussetzen. Sowohl eine Offenhaltung von Tegel als auch die Genehmigung für den BER wären dann juristisch angreifbar. Die Folge wäre jahrelanger Streit vor Gericht. Außerdem kann Berlin hier gar nicht allein entscheiden. Gemeinsam mit Brandenburg hat man sich vor vielen Jahren auf Schönefeld als den einzigen Flughafen in der Region verbindlich festgelegt.

Die Brandenburger Regierung hat ausgeschlossen, dass sie der Offenhaltung von Tegel zustimmt. Damit ist ein Weiterbetrieb rechtlich unmöglich.

Ja, BER ist kein Ruhmesblatt für Berlin, ja, Schallschutz und Nachtflugverbot sind weiter wichtige Themen, die Verkehrsanbindung bleibt ein Thema. Aber nein, BER wird mit Weiterbenutzung des alten Terminals in Schönefeld und einem Ergänzungsbau 40 Millionen Pas-

Igel ohne Stacheln



„Igel sticht gegen Naturschutz“, „der neue Held vom Müggelsee“ heißt es in diversen Zeitungen und auf der Facebookseite der Organisatoren der Köpenicker Boatsdemo.

Diese richtete sich gegen eine Verordnung zur Einrichtung einer Umweltzone am Müggelsee, die den dortigen Bestand an Tieren und Pflanzen schützen soll. Die ansässigen Wassersportlerinnen und -sportler fürchten derzeit um die Ausübung ihres Sports. Regatten, begleitende Motorboote bei Schwimmwettkämpfen, Anlege- und Versorgungsstege seien gefährdet oder nicht mehr durchführbar, sagen die Kritiker der Umweltzone und fordern Ausnahmen für bestehende Stege und bei Schutzzonen am Ufer.

Das alles seien längst berücksichtigte und beseitigte Probleme, heißt es dagegen aus der zuständigen Senatsverwaltung. Dies hielt jedoch Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) nicht davon ab, ein „kämpferisches“ Grußwort an die Boatsdemo zu richten. Igel erwarte „zähe Verhandlungen mit der Umweltsenatorin“, „man darf die Stege nicht einfach wegrasieren“ (Berliner Zeitung), „aber für Menschen muss auch noch Platz sein“ (Berliner Kurier). Die Organisatoren der Boatsdemo jubeln, sehen sie doch in Igel einen Mitstreiter.

Jedoch wird aus dem streitbaren Igel schnell ein stachelloser Igel. Uwe Doering (DIE LINKE) fragte in der BVV, ob Herr Igel mit dem bisherigen Verlauf der Debatten unzufrieden sei? Der nunmehr zahme Igel antwortet, derzeit seien noch rechtliche Fragen zu klären, unzufrieden sei er mit den Diskussionen indes nicht: „Ich habe wiederholt und öffentlich ausdrücklich gelobt, dass die zuständigen Senatoren gesprächsbereit waren. Diese Regierungspraxis begrüße ich“.

● Joseph Rohmann

sagiere abfertigen können und nicht zu klein sein.

Und: Wer Tegel offenhalten will, stimmt auch für die Beibehaltung des 24 Stunden-Flughafens Schönefeld. Damit erklärt sich auch der Einsatz der Lohndrücker-Airline Ryanair für Tegel. Gehen Sie den Herz-Schmerz Nostalgikern von FDP und AfD nicht auf den Leim. Stimmen Sie mit Nein zur Offenhaltung von Tegel.

● Ernst Welters, Bezirksverordneter Carsten Schatz, Mda



Foto: Karl Forster

Gasthaus soll doch abgerissen werden

Bezirksamt erläutert Situation am Strandbad Müggelsee

Einigen Streit gab es in der letzten Zeit um den Erhalt des alten und maroden Gebäudes „Würfel“, in dem zuletzt ein Gasthaus und eine Disko untergebracht waren. In der Juni-Ausgabe des blätchen Treptow-Köpenick hatten wir über die Situation am Strandbad Müggelsee ausführlich berichtet. Einige Bürgerinnen und Bürger setzten sich nun vor Ort für den Erhalt des "Würfels" ein. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage von André Schubert (DIE LINKE) erklärte dazu das Bezirksamt die Beweggründe für das Festhalten am Abrissplan. Zum Einen sei die Förderung des Bundes für die Sanierung des öffentlichen Strandbades daran gebunden, dass die Maßnahme „zweckmäßig in funktionaler, gestalterischer, konstruktiver, technischer, ökologischer, städtebaulicher, planungsrechtlicher, grundstücksmäßiger und wirtschaftlicher Hinsicht“ sei,

führt das Bezirksamt aus. Dazu sei auch der Abriss des Würfels notwendig, lässt das Amt erkennen. Rechtlich sei die Großgaststätte durch den jahrelangen Leerstand nicht mehr „bestandsgeschützt“. Bei einer Neuaufnahme des Gewerbes müsste das aktuelle Planungsrecht berücksichtigt werden. Da sich das Gebäude jedoch in einem Wald- und Trinkwassergebiet befindet, als Grün- und Sportfläche festgelegt ist und nicht prägend für das Bild der Kulturlandschaft sei, könne eine Wiederaufnahme des Betriebs nicht erfolgen. Das Gebäude könne nur im aktuellen Zustand erhalten oder abgerissen werden, so das Bezirksamt. Der Erhalt der Bodenplatte würde an den planungsrechtlichen Vorbehalten, auch für zukünftige Planungen, nichts ändern und wäre daher nutzlos. ● J.R.

Machtprobe der BVV mit dem Bezirksamt

Schulneubauprojekt führt zu Streit



In Adlershof, auf der Seite des WISTA-Geländes, entsteht in den nächsten Jahren das größte Schulneubauprojekt in Treptow-Köpenick. Insgesamt 65 Millionen Euro wird der neue Standort kosten. Von Anfang an hatte DIE LINKE gefordert, dort gleich eine Gemeinschaftsschule nach zeitgemäßen Erfordernissen zu planen und einzurichten. Diese Schulform soll das gemeinsame Lernen von der ersten Klasse bis zum Abschluss gewährleisten und so Chancengleichheit und -gerechtigkeit verbessern. Nach Diskussionen in der BVV und den Ausschüssen hat sich die Meinung durchgesetzt, dass die überaus beliebte Schulform in Adlershof politisch gewollt ist. Der von der Schulstadträtin Cornelia Flader (CDU) vorgelegte Beschluss des Bezirksamtes enthielt jedoch keine Festlegung auf eine Gemeinschaftsschule, kurzerhand änderte der Schulausschuss die Beschlussvorlage. Das sorgte in der Sitzung der BVV für einigen Ärger. Die BVV dürfe nicht einfach Beschlüsse des Bezirksamtes ändern, argumentierten CDU und Bezirksamt. „Die Argumentation des Rechtsamtes ist nicht nachvollziehbar. Wir ändern zum Beispiel beim Beschluss über den Bezirkshaushalt die Vorlage des Bezirksamtes. Die BVV ist dazu da, eine politische Richtung vorzugeben“, erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsit-

zender DIE LINKE. Während Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) die BVV noch vor „einer Machtprobe mit dem Bezirksamt“ warnte, sprach sich die SPD-Schulpolitikerin Ellen Haußdörfer für den geänderten Beschluss aus und freute sich zusammen mit SPD und LINKE über die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule in Adlershof. Beharrt das Bezirksamt auf seiner Rechtsauffassung, müsste es den BVV-Beschluss beanstanden. Die BVV könnte dann eine Entscheidung der Senatsinnenverwaltung verlangen. Die letzte Auseinandersetzung dieser Art hatte übrigens die BVV für sich entschieden. ● J.R.

Sprechstunde
stellv. Bezirksbürgermeister und
Leiter der Abteilung Soziales
und Jugend Gernot Klemm
 Di., 20.6.2017, 15–16.30 Uhr
 Zum Großen Windkanal 4, 12489
 Berlin, Raum 122 b
 Anmeldung telefonisch unter
 (030) 90297-6100

KONTAKT
Fraktion in der BVV
 Rathaus Treptow, Raum 205
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
 Tel. / Fax (030) 533 76 07
 Telefon (030) 902 97 41 61
 mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechzeiten:
 Montag 15.00 – 18.00 Uhr
 Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
 Donnerstag 15.00 – 18.00 Uhr

www.linksfraktion-tk.de

IMPRESSUM
Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick
 Monatszeitschrift der Fraktion
 DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
 Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge,
 Helga Pett, Joseph Rohmann
 Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
 BVV Treptow-Köpenick,
 Redaktion Aus dem Rathaus,
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
 unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
 Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen
 von Artikeln und Leserbriefen vor.
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
 Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Juni 2017
 Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am
 Do 5. Oktober 2017. Redaktionsschluss dafür: 26.9.17



Foto: Karl Forster

Auch der Regen konnte die Gäste nicht hindern, beim Sommerfest der BVV-Fraktion DIE LINKE Treptow-Köpenick in Oberschöneweide dabei zu sein. War man doch vorsichtshalber in den Saal ausgewichen. Die Besucher nutzten die Gelegenheit zu Gesprächen mit Fraktionsmitgliedern sowie dem Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi.

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776
Fax (030) 6432 9792
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag 13.00 – 16.00 Uhr
Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)
13.00 – 16.00 Uhr

Die Geschäftsstelle ist vom 7. – 11.8. geschlossen ist. Erste Kassierung nach der Sommerpause ist am 7. September.

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57
Fax (030) 63 22 43 58
gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag 13.00 – 16.30 Uhr
Mittwoch 13.00 – 16.30 Uhr

Urlaub: Das Büro ist in der Zeit vom 11.8. – 26.8 nicht besetzt

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdB

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 407436 38
Fax (030) 407436 39

Öffnungszeiten:

Montag 10.00 – 16.00 Uhr
Mittwoch 10.00 – 16.00 Uhr
Donnerstag 14.00 – 21.00 Uhr
Freitag 10.00 – 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdB

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 65940 800
Fax (030) 65940 801
buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Montag + Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr
Dienstag + Donnerstag 10.00 – 14.00 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdB

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin
Tel. (030) 80 93 27 58
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 11.00 – 15.00
Mittwoch 11.00 – 15.00

www.dielinke-treptow-koepenick.de

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 27. Juni 2017
Redaktionsschluss für Ausgabe Oktober: 26.9.17
Ausgabetag blättchen 234: Do 5. Oktober 2017
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung.
Überweisen Sie Ihre Spende bitte an:
DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben



Irgendwo ist Krieg, ist der Titel des Bildes, das in der Ausstellung „Ikonografie des Krieges“ des in Berlin lebenden Nürnberger Künstlers Steffen Blunk noch bis zum 31. September im Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi, Brückenstraße 28, zu den Öffnungszeiten zu sehen ist.

Kommentar:

... denn sie wussten nicht, was sie tun

„Wenn einem die eigene Partei so einen einschenkt, kann ich nur hoffen, dass nicht alle Delegierten gewusst haben, was sie abgestimmt haben.“ (Klaus Lederer)*
Dieses Zitat von Klaus bezieht sich auf einen Beschluss des Bundesparteitages, der in letzter Minute zurückgenommen wurde. Mit diesem hatten die Delegierten entschieden, dass die Staatsverträge mit den Kirchen gekündigt werden sollten. Das wäre mit einer Abschaffung der staatlichen Finanzierung der theologischen Ausbildung und Seelsorge in Strafanstalten, Bundeswehr und Krankenhäuser einhergegangen und, wie Klaus ganz richtig sagt, „verheerend“ gewesen.
An dieser Stelle sollen jedoch weniger die strittigen Staatsverträge thematisiert werden, als vielmehr das Abstimmungsverhalten der Delegierten.
Was wäre denn nun das kleinere Übel? Delegierte, die sich zwar mit dem Thema auseinandergesetzt haben und in vollem Bewusstsein informiert für einen solchen

wir gratulieren im Juli und im August zum Geburtstag

- | | |
|---|---|
| 103. Johanna Seifert | 98. Johanna Naumann |
| 94. Ingeborg Dummer | 92. Siegfried Forberger |
| 93. Christa Eidam, Gerhard Kiesler, Kurt Muhs, Johanna Prielzel | 90. Hans-Joachim Preußler, Ilse Rubinstein, Ruth Scheibe, Willi Züge |
| 92. Manfred Berger | 85. Ingeborg Discher, Eveline Frühauf, Gerhard Kahlenbach, Ilse Opitz, Edith Schnabel |
| 91. Helene Körner | 80. Annelore Baruschka, Linda Habermann, Doris Hein, Gertraude Staub, Jürgen Vorsatz |
| 90. Rudi Hinte, Wolfgang Linke, | 75. Ute Franke |
| 85. Rosemarie Bethge, Alex Nickel, Hans Offenhaus | 70. Werner Schönfeldt |
| 80. Hannelore Karsten, Rudolf Schoob, Margarete Schönheit | 65. Tilman Grabowski |
| 75. Edda Hoffmann | |
| 70. Bernd Dott | |
| 65. Norbert Pewestorff | |

Bürgersprechstunden

Stefanie Fuchs, MdB

Dienstag 11. Juli, 17–18 Uhr
Haus der Begegnung – Wendenschloßstraße 404, 12557 Berlin

Mittwoch, 26. Juli, 10–11.30 Uhr

Bürgerbüro – Allendeweg 1, 12559 Berlin

Mittwoch, 6. September, 10–11.30 Uhr

Bürgerbüro, Allendeweg 1, 12559 Berlin

Donnerstag, 7. September, 18–19 Uhr

Dorfklub Müggelheim – Müggelheimer Heimatverein e.V.,

Alt-Müggelheim 21, 12559 Berlin

Dienstag, 19. September, 17–18 Uhr

Bürgerhaus Grünau 141 – Bürgerhaus 141 Grünau, Regattastraße 141, 12527 Berlin

Carsten Schatz, MdB

Donnerstag, 13. Juli, 17–19 Uhr
Kiezklub Vital, Myliusgarten 20, 12587 Berlin

Donnerstag, 7. September, 18–20 Uhr

Kiezklub Vital, Myliusgarten 20, 12587 Berlin

Bürgersprechstunde

von Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde findet am **Donnerstag, 3.8.** und am **Dienstag, 5.9.** jeweils von **12–18 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin statt. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57.



Erinnerungskultur

Eine Konferenz mit dem Titel „Deutschland wiedergutmacht? – Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen“ veranstaltet die VVN-BdA anlässlich des Tages der Erinnerung, Mahnung und Begegnung 2017 vom 8. bis 10. September 2017. Das ausführliche Programm ist zu finden unter www.tag-der-mahnung.de. Veranstaltungsort ist die Technische Hochschule Berlin.

ALT TREPTOW, PLÄNTERWALD, BAUMSCHULENWEG:

- 10.7. | 16–18 Uhr | EDEKA Baumschulenstraße
- 6.9. | 16–18 Uhr | EDEKA Baumschulenstraße

OBERSCHÖNEWEIDE, NIEDERSCHÖNEWEIDE, JOHANNISTHAL:

- 8.7. | 9.30–11.30 Uhr | Netto Schnellerstraße 88–90
- 9.9. | 9.30–11.30 Uhr | Netto Schnellerstraße 88–90

ADLERSHOF, ALTGLIENICKE:

- 29.8. | 12–14 Uhr | Marktplatz Adlershof
- 30.8. | 14–16 Uhr | Kosmosviertel: Ortolofstraße bei Netto/ Lidl
- 10.9. | 10–18 Uhr | Altglienicker Spätsommerfest

DAMMVORSTADT, KÖLLN, SPINDLERSFELD, BOHNSDORF, GRÜNAU, SCHMÖCKWITZ:

- 20.7. | 15.30–17.30 Uhr | Rewe Oberspreestraße
- 12.8. | 10–12 Uhr | Rewe Oberspreestraße
- 1.9. | 15.30–17.30 Uhr | Rewe Oberspreestraße
- 20.9. | 16.30 Uhr | Rewe Adlergestell 755, Schmöckwitz
- 21.9. | 15.30–17.30 Uhr | S-Bahnhof Grünau

ALTSTADT, ALLENDE-VIERTEL, WENDENSCHLOSS, MÜGGELHEIM:

- 8.7. | 10–12 Uhr | Allende-Center
- 5.8. | 10–12 Uhr | Allende-Center
- 25.8. | 16–18 Uhr | Netto Wendenschloßstraße 360
- 2.9. | 9–12 Uhr | Sparkasse Alt-Müggelheim
- 16.9. | 10–12 Uhr | Allende-Center
- 22.9. | 14–17 Uhr | Sparkasse Alt-Müggelheim
- 23.9. | 10–12 Uhr | Netto Wendenschloßstraße 360

KÖPENICK NORD, FRIEDRICHSHAGEN, RAHNSDORF:

- 8.7. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 22.7. | 9.30–11.30 Uhr | Apotheke zum weißen Schwan, Rahnsdorf
- 5.8. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen

- 25.8. | 16–18 Uhr | S-Bahnhof Wilhelmshagen
- 28.8. | 15–17 Uhr | Köpenick Nord, Mahlsdorferstraße vor Penny
- 31.8. | 10–12 Uhr | Rahnsdorf Fürstenwalder Allee 326, zw. Edeka & Fitnessstudio
- 1.9. | 12–14 Uhr | S-Bhf Köpenick, Elcknerplatz
- 2.9. | 10–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 2.9. | 9.30–11.30 Uhr | Apotheke zum weißen Schwan, Rahnsdorf
- 9.9. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 16.9. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 16.9. | 9.30–11.30 Uhr | Edeka Fürstenwalder Allee 326
- 23.9. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 7.10. | 9–12 Uhr | Marktplatz Friedrichshagen
- 14.10. | 9.30–11.30 Uhr | Apotheke zum weißen Schwan, Rahnsdorf

216 neue Wohnungen

Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen

Baustart für das Wohnquartier der STADT UND LAND an der Fürstenwalder Allee im Köpenicker Ortsteil Rahnsdorf: In Anwesenheit von Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, und Oliver Igel, Bezirksbürgermeister sowie Vertretern der Wohnungsbau-Gesellschaft fand jetzt der erste Spatenstich für den Bau von 216 Wohnungen in fünf Gebäuden mit insgesamt 12.885 Quadratmetern Wohnfläche statt. Die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher

erklärte anlässlich des Spatenstichs: „Das neue Wohnungsbauprojekt der STADT UND LAND in der Fürstenwalder Allee unterstützt beispielhaft das Ziel des Senats, bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten zu schaffen. Hier entstehen architektonisch klug konzipierte Wohnungen. Dabei ist mir besonders wichtig, dass der Anteil geförderten Wohnraums eine ausgewogene soziale Mischung sicherstellt.“ Die Fertigstellung der Wohnungen ist für das 2. Quartal 2019 vorgesehen.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

- Do 6.7. | 18.30 Uhr** Die Deutsche Bahn lädt die Anwohnerinnen und Anwohner zur Informations- und Dialogveranstaltung in den Ratssaal des Rathauses Köpenick (Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin) ein, darin soll das Projekt rund um den Bahnhof Köpenick erläutert und der aktuelle Planungsstand vorgestellt werden
- Sa 8.7. | 10 Uhr** Frühschoppen Spindlersfeld in der Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestr. 148, Claudia Geratewohl: Impressionen vom Wahlparteitag der Linken, Gäste sind immer willkommen
- Sa 8.7. | 14 Uhr** 3. Allendefest mit dem Fanprojekt des 1. FC Union und dem Köpenicker SC, für das leibliche Wohl sorgt das Team von Brunnenstübchen, auf der Bühne: Crimson Sunday, The Blue Once und Die Gaby's, Alfred-Randt-Straße
- Mo 10.7. | 14 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE, Bürgerbüro Brückenstraße zu aktuellen seniorenpolitischen Fragen in Treptow Köpenick, Freunde und Genossen aus Vereinen und Verbän-

den und Basisorganisationen sind herzlich willkommen, Thema: Erfahrungsaustausch zum Verlauf der Wahlbewegung zur Bundestagswahl und die nächsten Aufgaben besonders aus seniorenpolitischer Sicht

- Mi 9.8. | 11 Uhr** 110. Geburtstag von Berta Waterstradt, der Adlershofer Bürgerverein legt Blumen vor dem Wohnhaus der Schriftstellerin in der Adlershofer Altheider Str. 21 nieder
- Mo 14.8. | 14 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE, Bürgerbüro Brückenstraße zu aktuellen seniorenpolitischen Fragen in Treptow Köpenick
- So 10.9. | 11 Uhr** 100. Geburtstag von Boris Djacenko, der Adlershofer Bürgerverein ruft zum Gedenken an den Schriftsteller auf dem Adlershofer Waldfriedhof auf
- Mo 11.9. | 14 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE, Bürgerbüro Brückenstraße zu aktuellen seniorenpolitischen Fragen in Treptow Köpenick
- So 17.9. | 10 Uhr** Frühschoppen im Allendeviertel mit AGH-Fraktionsvorsitzenden Udo Wolf, Pier 44
- So 24.9. | 8 Uhr** Bundestagswahl in

Ihrem Wahllokal oder rechtzeitig vorher per Briefwahl, Antrag an das Bezirksamt Treptow-Köpenick: briefwahl@ba-tk.berlin.de

RAT UND TAT

- Mo 10.7.+11.9. | 17 Uhr** Rechtsanwalt Kay Füllelein führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per Mail (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030-63 22 43 57) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

KULTUR UND UNTERHALTUNG

- Di 11.7. | 19 Uhr** Musik im Garten: Sommerauftakt mit dem Sinti-Swing-Trio Berlin, das Trio wurde 1985 in Ostberlin gegründet, Ernststraße 14/16, 12437 Berlin
- Fr 14.7. | 20 Uhr** Autorenlesung mit

Frank Petzke in der Mittelpunktbibliothek Köpenick, „Winterflucht – Lustvolles Reisen durch 100 Länder“, der Autor und „Reiseexperte“ von Radio Eins, Frank Petzke erzählt von seinen Reisen und zeigt Fotos, Eintritt frei, um telefonische Anmeldung wird gebeten (030) 902 97 34 18, Alter Markt 2, 12555 Berlin

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

- Di 29.8. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand, Brückenstraße 28, 12439 Berlin
- Mo 4.9. | 17 Uhr** Basistreffen, Allendeweg 1, 12559 Berlin
- Di 12.9. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand, Allendeweg 1, 12559 Berlin
- Di 26.9. | 18.30 Uhr** Bezirksvorstand, Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Die Redaktion blättchen Treptow-Köpenick wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Urlaub. Im August und September gibt es kein blättchen. Das nächste blättchen erscheint am Donnerstag, 5. Oktober.